

REPUBLIK ÖSTERREICH

XXIV. GP.-NR
15435/AB
18. Nov. 2013

Der Bundesminister für europäische
und internationale Angelegenheiten

Dr. Michael Spindelegger

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag.^a Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

zu 15969/J

18. November 2013

GZ. BMeiA-AT.90.13.03/0103-I.9/2013

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Harald Stefan, Kolleginnen und Kollegen haben am 18. September 2013 unter der Zl. 15969/J-NR/2013 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Videoüberwachung bei exterritorialen Geländen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Das allfällige Anbringen von Videokameras auf den Liegenschaften der diplomatischen und konsularischen Vertretungen anderer Staaten in Österreich erfolgt nicht im Auftrag des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA).

Zu den Fragen 2 bis 4:

Die Rechtsstellung diplomatischer und konsularischer Vertretungen ist im Übereinkommen über diplomatische Beziehungen (WDK), BGBl. Nr. 66/1966, und im Übereinkommen über konsularische Beziehungen (WKK), BGBl. Nr. 318/1969, geregelt. Die österreichischen Gesetze sind im Sinne von Art. 41 WDK und Art. 55 WKK einzuhalten.

Zu den Fragen 5 bis 10:

Die Beantwortung dieser Fragen fällt nicht in die Vollziehung des BMeiA.

